



Detailansicht des Registereintrags

Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V.

Aktuell seit 23.04.2024 14:47:34

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002246
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	23.04.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	26.03.2024
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/ verein
Kontaktdaten:	Adresse: Weissfrauenstraße 12-16 60311 Frankfurt am Main Deutschland Telefonnummer: +49699758500 E-Mail-Adressen: verband@vab.de andreas.prechtel@vab.de Webseiten: www.vab.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

240.001 bis 250.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

5,97

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Burkhard Kübel-Sorger**
Funktion: Vorsitzender des Vorstands

2. **Guido H. Zöller**
Funktion: Mitglied des Vorstands

3. **Tobias Vogel**
Funktion: Mitglied des Vorstands

4. **Frank Schoenherr**
Funktion: Mitglied des Vorstands

5. **Juergen Baudisch**
Funktion: Mitglied des Vorstands

6. **Thomas Falk**
Funktion: Mitglied des Vorstands

7. **Peter Rosenberger**
Funktion: Mitglied des Vorstands

8. **Dr. Andreas Prechtel**
Funktion: Geschäftsführer

9. **Dr. Jana Währisch**
Funktion: Mitglied des Vorstands

10. **Christopher F. Porter**
Funktion: Mitglied des Vorstands

11. **Wolfgang Vahldiek**
Funktion: stellvertretender Geschäftsführer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):

1. **Wolfgang Vahldiek**
2. **Markus Erb**

3. **Andreas Kastl M.A., LL.M.oec.**
4. **Dr. Mélanie Liebert LL.M.**
5. **Nina Weidinger**
6. **Dr. Andreas Prechtel**
7. **Sabine Kimmich LL.M. (Cardiff)**
8. **Dr. Andreas Prechtel**
9. **Wolfgang Vahldiek**

Gesamtzahl der Mitglieder:

196 Mitglieder am 25.03.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Institut für Bank- und Finanzgeschichte e.V.
2. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.
3. Deutsche Vereinigung für internationales Steuerrecht

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (20):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Außenwirtschaft; Parlamentarisches Verfahren; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Öffentliches Recht; Strafrecht; Zivilrecht; Rente/Alterssicherung; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Im Fokus des VAB steht die Interessenvertretung internationaler Banken, Wertpapierinstituten und Asset Managern in Deutschland bei Fachthemen und Fragestellungen gegenüber dem deutschen Gesetzgeber, also dem Deutschen Bundestag, der Bundesregierung und den Fachministerien, gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Parlament sowie gegenüber supranationalen Institutionen. Des Weiteren ist er das Bindeglied seiner Mitglieder zu den verschiedenen Aufsichts- und Verwaltungsorganen wie beispielsweise der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), der Deutschen Bundesbank, der Finanzverwaltung und anderen Behörden des Bundes und der Länder.

Der VAB berät hierbei durch die Bereitstellung von ökonomischem und juristischem Know-How und bietet insbesondere die Sichtweise aus dem Ausland auf den deutschen Finanzplatz, indem er

unter anderem über die Blickwinkel der Konzernzentralen seiner Mitglieder zu den in Deutschland aktuellen Themen informiert. Er ist so Ansprechpartner für Abgeordnete, Ministerien, Verwaltung und die Presse sowie die interessierte Öffentlichkeit.

Der VAB versteht sich außerdem als Dienstleister für seine Mitglieder. Er ist gleichermaßen Ansprechpartner bzw. Berater in Grundsatzfragen und stellt ein Netzwerk zur Verfügung.

Das Leistungsangebot des VAB umfasst daher neben dem sog. "Informations-Service" und unserer "Grundsatzabteilung" auch den Bereich "Interessenvertretung":

Der VAB ist der Ansprechpartner der Politik für die Interessen der internationalen Financial Community in Deutschland. Er bezieht Stellung zu Gesetz-, Richtlinien- und Verordnungsentwürfen und nimmt für die Mitglieder an Anhörungen beispielsweise im Deutschen Bundestag teil. Er klärt für seine Mitglieder unternehmensübergreifende Fragen mit den Aufsichts- und Verwaltungsbehörden und strebt hierbei Rechtssicherheit und praktikable Lösungen an. Hierzu entwickelt der Verband auch eigene Positionspapiere, die sehr häufig grenzüberschreitende Aspekte der Gesetzgebung mit Bezug zum Bank- und Finanzwesen beleuchten. Der Verband ist behilflich beim Herstellen von Kontakten in die politische Sphäre, insbesondere Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner im Bundestag, in den Bundesministerien und im Bundeskanzleramt, für seine Mitglieder; zudem wird der Kontakt zu diesen Ansprechpartnern bei Einzelgelegenheiten in Gesprächen in Berlin vertieft (eine Geschäftsstelle in Berlin wird nicht unterhalten).

Bei der Interessenvertretung wendet sich der VAB insbesondere an:

- EU-Kommission und EU-Parlament
- Bundesregierung und -ministerien
- Bundestag und Bundesrat
- Landesregierungen
- Deutsche Finanzaufsicht (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und Deutsche Bundesbank und ihre Hauptverwaltungen)
- Steuerverwaltung (Bund, Land, Kommune)

Der VAB ist zudem mit Verbänden ähnlicher Zielsetzung in anderen EU-Staaten eng vernetzt und tauscht sich in Deutschland mit Verbänden der Finanzwirtschaft wie dem Bundesverband deutscher Banken und den anderen Verbänden der Deutschen Kreditwirtschaft, dem BVI und DDV aus.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Anpassungen im Gesetzesentwurf über die Digitalisierung des Finanzmarktes (FinmadiG)

Beschreibung:

Vorschläge zur Anerkennung des europäischen Passes für die Verwahrung und Verwaltung von Finanzinstrumenten iSd MiFID II und zum regulatorischen Umgang mit MiFID II-

Finanzinstrumenten in Gestalt von Security Token; Vorschlag zur Einführung einer Ausnahmeregelung für Verwahrstellen im Sinne des KAGB von der Erlaubnispflicht nach § 32 KWG für die Kryptofondsanteilregisterführung nach KryptoFAV; Bitte um Klarstellungen in Bezug zur Verordnung EU) 2023/1113 (sog. Geldtransferverordnung).

Bundestags-Drucksachenummer: 20/10280 Entwurf eines Gesetzes über die Digitalisierung des Finanzmarktes (Finanzmarktdigitalisierungsgesetz - FinmadiG) (zum Vorgang)

Zuständiges Ministerium: Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Betroffenes geltendes Recht: KWG, eWpG, WpIG, WpHG

Interessenbereiche: Bank- und Finanzwesen

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2403260003

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Bundestag

Organe

Mitglieder des Bundestages

Versendet am 26.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAmT)

2. **Vorschläge zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland**

Beschreibung:

Sammlung von Vorschlägen zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland, u. a. Eigenkapitalfinanzierung und Aktienmärkte (moderne Dividendenbesteuerung, Zulässigkeit von Naked Warrants, Kein Nachrang von Gesellschafterdarlehen und Anwendbarkeit des Kleinbeteiligtenprivilegs, Erleichterungen für Investition in deutsche börsennotierte Unternehmen, Anpassung von Vollstreckungsrecht), Steuerrecht (Streichung der Verlustverrechnungsbeschränkung bei Termingeschäften sowie Totalverlusten und Wiederaufnahme, Einführung einer Umsatzsteuerfreiheit bei Konsortialkrediten, Wettbewerbsfähige Hinzugbesteuerung, Sicherstellung der steuerlichen Abziehbarkeit der Bankenabgabe als Betriebsausgabe, etc.), Bankregulierung/Finanzaufsicht, Arbeitsrecht /Sozialrecht/Immigrationsrecht.

Betroffenes geltendes Recht: AktG, EStG, KStG, InsO, WpÜG, BGB, UStG, KWG, GroMiKV, PrüfV, InstitutsVergV, eWpG, KryptoFAV, KAGB, GwG, AO, ArbZG, KSchG, AÜG

Interessenbereiche: Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen, Bank- und Finanzwesen, Datenschutz und Informationssicherheit, EU-Binnenmarkt, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Rente/Alterssicherung, Verbraucherschutz, Zivilrecht

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2404090001

Adressatenkreis:

Versendet am 08.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF)

3. **Umsetzung der CRD 6 mit Blick auf Drittstaaten-Zweigstellen von internationalen Banken**

Beschreibung:

Bei der Umsetzung der CRD 6 (bislang im Entwurfsstadium) mit Bezug auf Drittstaaten-Zweigstellen möge ein Ansatz gewählt werden, der die Mindestharmonisierung der CRD 6 möglichst 1:1 umsetzt und den Regelungsinhalt des heutigen § 53c Absatz 1 Nr. 2 KWG grundsätzlich beibehält.

Betroffenes geltendes Recht: KWG

Interessenbereiche: Bank- und Finanzwesen

4. **Neufestlegung von Liquiditätsanforderungen für Reverse Repo-Transaktionen**

Beschreibung:

Die Bundesregierung soll sich auf EU-Ebene im Rahmen des Verfahrens nach Art. 510 Abs. 4, 6 und 9 CRR dafür einsetzen, dass das heutige Niveau der Liquiditätsanforderungen für Reverse Repo-Transaktionen beibehalten wird.

Interessenbereiche: Bank- und Finanzwesen, EU-Gesetzgebung

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2404150001

Adressatenkreis:

Versendet am 15.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF)

5. **Vorschläge zur Umsetzung des AIFMD-Reviews und Adressierung weiterer Verwahrstellen-Themen**

Beschreibung:

Anlässlich der Umsetzung des AIFMD-Reviews in das deutsche Recht sollen praxisrelevante Fragestellungen für das Verwahrstellengeschäft adressiert werden, die zwar nicht unmittelbar auf der Umsetzung der AIFMD-Änderungen beruhen, aber im Rahmen des

Umsetzungsgesetzes thematisch mit geregelt werden könnten. Ziel ist eine Verbesserung der Bedingungen für Verwahrstellen in Deutschland und Stärkung des Fondsstandorts Deutschland. Adressierte Punkte sind Fragen zur Abwicklung von Investmentvermögen (z.B. Geltung von Anlagegrenzen während der Liquidationsphase; Abbedingbarkeit des § 258 Abs. 2 KAGB) oder zur Wiedereinführung der Möglichkeit Wertpapierdarlehen im Wege des Pfandrechts zu besichern (ursprünglich durch Fondsstandortgesetz gestrichen).

Betroffenes geltendes Recht: KAGB

Interessenbereiche: Bank- und Finanzwesen

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Gesamtsumme:

1.380.001 bis 1.390.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/22 bis 12/22

Jahresbericht_2022_Auszug.pdf

